



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 094-2023
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.123

Eingereicht am: 15.04.2023

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Weniger Gesetze und Berichte

Ein Parlament – und so auch der Grosse Rat des Kantons Bern – fordert bei aktuellen Ereignissen oft Berichte oder neue Gesetze (bzw. Anpassungen). Es ist somit kein Wunder, wenn die Gesetzestexte immer ausführlicher und die Bürokratie für solche Berichte und die dazu notwendigen Datenerhebungen immer grösser werden. Die Ereignisse, die zu solchen Gesetzen, Verordnungen, Berichten oder anderen Verwaltungsaufgaben führen, sind teilweise einmalig oder irgendwann nicht mehr zeitgemäss und könnten vernachlässigt werden. Die Gesetze, Verordnungen, Massnahmen, Berichte und Verwaltungsaufgaben bleiben aber bestehen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Gibt es eine Übersicht der regelmässigen Berichte (oder auch Statistiken) sowie deren Ursprungszeit bzw. Ursprungsgründe, die der Kanton erstellt?
2. Kann man die entsprechenden Kosten (kantonsinterne sowie Drittkosten) pro Bericht/Monitoring ermitteln bzw. darstellen?
3. Welche Berichte könnte man aus Sicht des Regierungsrates abschaffen, weil die Situation sich verbessert hat oder das Thema nicht mehr aktuell ist?
4. Welche Berichte, die weiterhin von Nutzen sind, könnte man in der Ausführung vereinfachen oder spürbar kürzen?
5. Die Verwaltung erhebt viele Daten, die von Betrieben, Institutionen oder auch Privatpersonen erfasst werden müssen. Gibt es eine Übersicht dieser Datenerhebungen? Auf welche könnte man allenfalls verzichten, wenn gemäss Punkt 3 dieser Interpellation gewisse Berichte nicht mehr erstellt würden?

6. Einige Staaten kennen bei einzelnen Gesetzen eine sogenannte «Sunsetklausel» (z. B. USA, Kanada, Deutschland, Grossbritannien usw.). Nehmen wir an, dass wir im Kanton Bern die Gesetze nach 16 Jahren automatisch ausser Kraft setzen würden bzw. dass diese durch das Parlament wieder bestätigt werden müssten: Welche Gesetze würde der Regierungsrat nicht mehr zur Verlängerung empfehlen?
7. Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, dass man vermehrt eine «Sunsetklausel» bei Gesetzesrevisionen einführt? Und ist er gewillt, entsprechende Vorschläge bei Gesetzentwürfen selbst einzubringen?

Verteiler

- Grosser Rat